

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Nr. 27.

Neuenbürg, Montag den 16. Februar 1914.

72. Jahrgang.

Rundschau.

Berlin, 14. Febr. (Reichstag.) Am Bundesratsitzungstag Staatssekretär v. Delbrück erschienen. Präsident Dr. Rämpf eröffnet um 10 Uhr 15 Min. die Sitzung. Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. Die Resolution zum Aufsichtsamte für die Privatversicherung wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen und das Kapitel selber wird bewilligt. Damit sind die fortbauenden Ausgaben des ordentlichen Etats erledigt. Es folgen die einmaligen Ausgaben. Eine Reihe von Titeln wird ohne erhebliche Debatte erledigt. Bei Titel Beitrag des Reichs zu den Kosten der Olympischen Spiele in Berlin 1916 (46 000 Mk.) beantragt die Kommission Streichung. Dagegen beantragen die Rechte, die Nationalliberalen und die Freisinnigen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Abgeordn. Nühle (Soz.): Würden die Olympischen Spiele lediglich dem Sport, der Körperkultur, der Gesundheitspflege dienen, so würden wir die Summe bewilligen. Sie soll aber nur den nationalen Turn- und Sportvereinen zugute kommen, wogegen die Arbeiterturnvereine ausgeschlossen bleiben. Bei den Turn- und Sportvereinen handelt es sich nicht mehr um die körperliche Erleichterung, sondern um Aufstellung von Rekord. Die Olympischen Spiele werden zu einer politischen Angelegenheit, und das ist für uns Grund genug, die Bewilligung der Summe abzulehnen. (Beifall bei den Soz.) Abg. Stöve (natl.): Die Beteiligung an den Olympischen Spielen steht eine freiheitliche nationale Gesinnung im allerhöchsten Sinn des Wortes voraus. (Beifall.) Wir haben eine Pflicht dem Ausland gegenüber zu erfüllen, das uns stets ein zuvorkommender Gastgeber gewesen ist. Wir müssen diese Gastfreundschaft den angemeldeten 25 Nationen gegenüber erwidern. Es handelt sich dabei nicht um Rekordleistungen, sondern darum, zu zeigen, daß ein starkes Geschlecht heranwächst, das es versteht, die Siege an die schwarz-weiß-rote Fahne zu heften, nicht aber an die rote. Abg. v. Massow (konf.): Unsere Jugend wird Gelegenheit haben, die Siegespalme zu erringen. Die Spiele müssen organisiert werden, das kostet Geld. Wir dürfen bei anderen Nationen nicht nassauern. (Weiterkeit.) Eine Ablehnung dieser ersten Rate würde im ganzen Volk nicht verstanden werden. Der Reichstag würde von neuem seine Zerfahrenheit dokumentieren. Ich bitte, den Antrag möglichst einstimmig zu bewilligen. — Im Laufe der Debatte sprechen noch der Abg. Heine (Soz.) und der Däne Hansen gegen die Forderung, während die Redner der bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit einer Unterstützung der Olympischen Spiele schon aus Gründen internationaler Höflichkeit darzulegen suchen. Auch Ministerialdirektor Lewald befürwortet die Anträge „auf das dringendste“. Nachdem man die Abstimmungen selbst auf Dienstag verschoben hat, vertagt sich das Haus um 2 Uhr, um Montag mit der Beratung des Justizetats zu beginnen.

Berlin, 13. Febr. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern nach einer längeren teilweise sehr erregten Debatte der Antrag auf Bewilligung von 300 000 Mark zur Gewährung von unverzinslichen Darlehen an Personen, die infolge des wirtschaftlichen Niederganges in vorübergehende Not geraten sind, angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte ursprünglich beantragt, für diesen Zweck 500 000 Mark zu bewilligen. Der Ausschuss, an den dieser Antrag verwiesen war, hatte sich aber auf 300 000 Mark geeinigt. Dagegen stimmte nur die fortschrittliche Fraktion. Sie erkannte zwar den Notstand an, aber sie konnte sich nicht mit den vom Ausschuss empfohlenen Mittel beschreibern. Als Vertreter dieser Fraktion, der Stadtverordnete Nommensen, erklärte, daß seine Freunde sich nicht die Ueberzeugung nehmen ließen, daß die

Bewilligung des Geldes die Lösung der Arbeitslosenfrage nicht fördere, sondern ihr schade, und er um Ablehnung der Unterstützung bitte, wurde von den überfalligen Tribünen laut gerufen: „Mensch, dann verhungern wir ja!“ und „Wir wollen Arbeit und Brot für unsere Kinder!“ Es entstand eine große Unruhe. Als der Beschluß der Versammlung verkündet wurde, erscholl lauter Beifall von den Tribünen. Es wurde noch der Magistrat ersucht, Arbeitslose für die Kolonisationsdienste über Ländergrenzen zu verwenden.

Offenburg, 14. Februar. Bei der heutigen Erziehungswahl im 7. badischen Reichstagswahlkreis erhielten Kölsch (natl.) 13 050 Stimmen, Prof. Wirth (Ztr.) 13 137 Stimmen. Wirth ist somit gewählt. In der Hauptwahl am 3. Febr. wurden 24 914 gültige Stimmen abgegeben; davon entfielen auf Prof. Wirth (Ztr.) 12 259, auf Stadtrat Kölsch (natl.) 9 615 und auf Redakteur Geiler (Soz.) 3 052 Stimmen. Der Wahlkreis, der zu mehr als zwei Dritteln katholische Bevölkerung hat, war von 1871 bis 1884 nationalliberal vertreten, von 1884 bis 1887 vom Zentrum, dann vorübergehend wieder nationalliberal und von 1889 (Erziehungswahl) bis 1911 wieder vom Zentrum.

Heidelberg, 14. Februar. Der kürzlich in Heidelberg verstorbene Fabrikant Jakob Landsried hat eine Stiftung von 100 000 Mark errichtet, deren Zinsen so lange zum Kapital geschlagen werden sollen, bis der Betrag von 250 000 Mark erreicht ist. Die Zinsen sollen alsdann zur Unterstützung hier ansässiger Kaufleute und Angestellten, Gemeinde-, Staats- oder Privatbeamten, die ohne ihr Verschulden in ihren Vermögensverhältnissen zurückgekommen sind, verwendet werden.

Paris, 13. Febr. Mehreren Blättern zufolge hat der Gesundheitszustand der Truppen, über den in der heutigen Kammer Sitzung auf Veranlassung der Sozialisten eine Interpellationsdebatte stattfinden wird, namentlich in den Garnisonen an der Ostgrenze eine Verschlimmerung erfahren. Im Militärkrankenhaus in Nancy befinden sich gegenwärtig 500, in Toul 800 und in Lunville 125 Kranke. Wie die „France Militaire“ meldet, hat das Kriegsministerium nun verschiedene Maßnahmen zur Hebung des Gesundheitszustandes in der Armee beschlossen, darunter bessere Heizung der Kasernen und wärmere Bekleidung der Mannschaften. Ueberdies sollen zahlreiche Urlaube gewährt und die schwächeren Soldaten sollen ausgemustert werden.

Württemberg.

Stuttgart, 14. Febr. Die Zweite Kammer führte heute endlich die Beratung über das Körperschaftsbeamten-Pensionsgesetz zu Ende. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wurde der 1. April bestimmt. Eine Resolution des Ausschusses fand nahezu einstimmig Annahme, in der die Regierung ersucht wird, zu erwägen, ob nicht schon vor der Vorlage des Bemerkungsgesetzes eine Regelung der Rechtsverhältnisse der Katastergeometer im Sinne der Anstellung als Körperschafts- oder Staatsbeamte erfolgen könne. Minister des Innern Dr. v. Fleischhauer erklärte, die Regierung müsse sich ihre Stellungnahme zu dieser Frage vorbehalten, eine Äußerung könne er nicht abgeben, da das Finanzministerium zuständig sei. Dann wurde zur Beratung zweier zurückgestellten Resolutionen übergegangen. Der Ausschuss hatte beantragt, die Regierung zu ersuchen, eine Ergänzung der Gemeinde- und Bezirksordnung in der Richtung in die Wege zu leiten, daß die Körperschaftsbeamten und Unterbeamten gegen Kündigung ohne wichtigen Grund einen ausreichenden Schutz erhalten, so zwar, daß diese Ergänzung möglichst gleichzeitig mit der Verabschiedung des Körperschaftsbeamtenpensionsgesetzes zur Einführung gelangt. Die Abg. Rembold-Alten (Z.) und Baumann (N.) stimmten dieser Resolution zu. Abg. Rattulat (S.)

begründete seine Resolution, in der die Regierung ersucht wird, zu erwägen, wie den Körperschaftsbeamten ein weitergehender Schutz gegen ungerechtfertigte Kündigung gewährt werden könne, als ihn die Gemeinde- und Bezirksordnung vorsehen, ohne daß eine wesentliche Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden damit verbunden ist. Abg. Mülberger (N.) wandte sich gegen beide Resolutionen, da es sich dabei um einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden handle. Auch der Abg. Haußmann (Z.) äußerte Bedenken in derselben Richtung und beantragte, in der Ausschussresolution statt „in die Wege leiten soll“ zu sagen: „zu erwägen“. Der Minister des Innern bezog sich auf seine Ausführungen vom 23. Januar und verhielt sich ebenfalls ablehnend gegen den Ausschussantrag. Für die Ausschussresolution sprachen noch die Abg. Andre (Z.) und Raier-Blaubeuren (N.), für den Antrag Haußmann der Abg. Partenstein (Z.). Die Abstimmung über die beiden Resolutionen und auch über eine weitere Resolution wurde für die nächste Sitzung zurückgestellt. Nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr.

Stuttgart, 14. Febr. Seitdem die Königin in Rom angekommen ist, besucht sie täglich die verschiedenen Sehenswürdigkeiten. So war sie auch am 10. mit Begleitung in der Peterskirche, wo sie außerdem die Schatzkammer und die Krypta besichtigte. Die Königin wurde erst am Schlusse des Besuchs erkannt.

Stuttgart, 14. Februar. Polizeidirektor Dr. Bittinger hat vor Ablauf seines Vertrags seine Kündigung eingereicht. Wie erinnertlich hatte der Polizeidirektor vor einiger Zeit mit den radikalen Parteien auf dem Rathaus schwere Kämpfe zu bestehen, die einen stark persönlichen Charakter annahmen; auch war die Gesetzmäßigkeit der Wahl Bittingers von Anfang an in Zweifel gezogen worden. Es ist dem Polizeidirektor aber gelungen, durch seine energische Reformtätigkeit sich das Vertrauen in weiten Kreisen der Bürgerschaft zu erwerben. Dr. Bittinger, der zuletzt bei der kgl. Polizeidirektion in München als Assessor tätig war, hatte sich vor Antritt des Stuttgarter Postens den Rücktritt in den bayerischen Staatsdienst vorbehalten.

Heilbronn, 15. Febr. Zum Fall des Massenmörders Wagner veröffentlicht nun auch der Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Haag, der den Antrag auf Verbringung Wagners in eine Anstalt zur Beobachtung, später zur dauernden Internierung zu stellen hatte, in der Redarzeitung eine Erklärung, wonach auch ohne Kenntnis der umfangreichen Schriften Wagners einem Sachverständigen ein Zweifel an der Geistesstörung nicht aufkommen konnte. Wagner litt an dem systematisierten Verfolgungs- und Größenwahn der Verrückten.

Schorndorf, 12. Febr. Der Gemeinderat hat den Stadtvorstand ermächtigt, gegebenenfalls das Einverständnis der Stadt mit der Eingabe der großen und mittleren Städte gegen die allgemein bindende Regelung des Submissionswesens zum Ausdruck zu bringen.

Brackenheim, 15. Febr. In der Wirtschaft und Bäckerei zur Sonne in Kleingartach wollte sich am frühen Morgen der Bauer Bucher ein Schnäpselein genehmigen. Die Tochter schenkte ihm aus Versehen Brezelnlauge ein, an der sich der Mann innerlich schwer verbrannte. Er mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen und war einige Tage sehr übel dran. Die Tochter, der die böse Verwechslung passierte, war ganz verzweifelt und mußte vor dem Schlimmsten behütet werden.

Sauigau, 13. Februar. Der 36 Jahre alte Dienstknecht Josef Bed in Gicktegen verfeuerte eine Dienstmagd mit einer Risigabel mehrere Stiche über den Kopf. Das Mädchen wurde lebensgefährlich verletzt. Der Grund zu der Tat ist in Eifersucht zu suchen. Der Täter warf sich nach

Anzeigenpreis:
die 4 gespaltene Zeile
oder deren Raum 12 J.
bei Anstufungsberechnung
durch die Exped. 15 J.
Keflamen
die 3 gesp. Zeile 25 J.
Bei öfterer Insertion
entsprech. Rabatt.
Fernsprecher Nr. 4.
Telegraphen-Adress:
„Enztäler, Neuenbürg“.



